

Das Geipenst des Bankerotts.

Eine Wahlrede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner.

In einer Wählerversammlung der christlichsozialen Partei hielt der Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen langen Vortrag über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschösterreichs. Von der Entwertung unserer Valuta ausgehend, stellte der Redner den Satz auf: „Wir stehen nicht mehr vor dem Bankerott, sondern wir sind mitten im Bankerott drinnen“. Unser Jahresdefizit hat der Staatssekretär für Finanzen mit sechs Milliarden errechnet. Die staatlichen Zuschüsse auf den ausländischen Weizenpreis betragen allein eine Milliarde, die Ansprüche der Fixangestellten und der Arbeiter wachsen von Minute zu Minute, die Schleichhändlerpreise werden zu Regulatoren des Lohnes und Gehaltes, der Ernährungsdienst ist bankrott und unsere Finanzwirtschaft folgt diesem Zusammenbruch. Die Separationsbestrebungen der Länder werden immer mächtiger, die Bauern wollen von dem „roten Wien“ nichts wissen und die herrschende Sozialdemokratie ist außerstande, die verschiedenen Teile Deutschösterreichs zu amalgamieren. Staatskanzler Dr. Renner spricht selbst von einer „Anarchisierung der Verwaltung“. Die Macht der Regierung reicht bald über Wien nicht hinaus, die Länder tun, was ihnen gutdünkt. In Paris ist man sich über das Schicksal Deutschösterreichs noch nicht klar geworden; die Entente schiebt wohl Lebensmittel, ihre Methode kommt dem Bürgermeister vor wie bei einem Arzt, der mit einem Tropfenzähler vor dem Patienten steht. Unser Volk verträgt jedoch keinen Tropfenzähler mehr. Es braucht Arbeit, Verdienst, Nahrung, unsere hungernden Kinder brauchen Brot. Alle Entente-Kommissionen, die nach Wien kommen, studieren. Die Statistik triumphiert! Im römischen Reiche galt das berühmte geworden Wort: Roma deliberante Saguntum perit. Ich sage der Entente: „Hört doch endlich mit euren Beratungen in Versailles und Paris auf und kommt zu einem Schlusse, denn wir wollen Frieden haben.“ (Stürmischer Beifall.)

Brot und Kohle.

Der Bürgermeister besprach dann die neue Brotaufgabe, die als einmalige Abgabe gedacht ist, er habe aber kein Vertrauen zu einer einmaligen Abgabe, denn er wisse nicht, ob der Staatssekretär für Finanzen im nächsten Jahre nicht wieder mit einer Brotaufgabe kommt. Trotz der Brotaufgabe und trotz Erhöhung der Brot- und Mehlpreise bleibt immer noch mindestens ein 200 Millionendefizit, das aus eigenen Staatsmitteln gedeckt werden muß.

Das Investitionsprogramm der Gemeinde Wien wird unserem Wirtschaftsleben ein wenig aufhelfen. Wichtig wäre aber, daß die Entente uns Rohstoffe liefert. Nach der Anschauung des Bürgermeisters ist in der Kohlennot das Ärgste überwunden. Wenn die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen einlöst, kann sich Wien während des Sommers für den kommenden Winter einigermassen bevorräten, so daß wir dem nächsten Winter mit Ruhe entgegensehen können.

Die Finanzlage Wiens.

Eines der wichtigsten Kapitel im städtischen Haushalt ist die Frage der Angestellten und Arbeiter. Aus dem letzten 250 Millionen-Anlehen mußten die wachsenden Auslagen für Gehälter und Löhne gedeckt werden und heute hat die Gemeinde noch 3,7 Millionen übrig. Man muß nach neuer Bedeckung suchen, um die neuen Lohnforderungen befriedigen zu können. Was soll geschehen?

Der Haushalt der Gemeinde ist Gott sei Dank noch nicht so wie der staatliche. Während der Staatssekretär mit einem Defizit von sechs Milliarden rechnet, haben wir ein Defizit von 150 Millionen. Dieses Defizit ist nicht aus einer sorglosen, unverantwortlichen Wirtschaft entstanden, sondern aus dem einfachen Grunde, weil notwendige Auslagen in einer Weise gewachsen sind, welche nicht vorhergesehen und auch nicht bedeckt werden konnten. Wenn ich die Besteuerung der Gemeinde durchgehe, so sagen Sie selber, welche Steuer kann die Gemeinde erhöhen? Unser Realbesitz ist in einer Weise belastet, daß er eine weitere Belastung nicht verträgt. Ueberdies ist es infolge des Mieterschutzgesetzes dem Hausherrn gar nicht möglich, eine weitere Besteuerung zu ertragen. Soll ich die Erwerbsteuer erhöhen? Da müßte ich nicht beurteilen können, in welcher schwerer Notlage sich unser

Gewerbebestand befindet. Dann kommen die Tarife der Unternehmungen; ich habe auch dazu im gegenwärtigen Augenblick keinen Mut. Es bleibt nichts übrig, als ein

neues Anlehen zu machen

und es unseren Enkeln und Urenkeln zu überlassen, diese Schuld zu zahlen.

Unter schwierigen Verhältnissen treten wir in die Wahlbewegung ein. Wir haben eine unterernährte Bevölkerung, welche schwere seelische Leiden zu erdulden hat, welche noch nicht die Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens fühlt, die durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen zermürbt ist, und da kommen wir als Führer und Träger des christlichsozialen Gedankens, um Sie zu bitten, unsere Kandidaten zu wählen. Die Lage ist schwer und ernst. Wir stehen nicht nur vor dieser Tatsache, wir stehen auch vor der Tatsache des Terrors der sozialdemokratischen Partei; in Fobriken wurde das Wort geprägt: Wir sozialdemokratischen Arbeiter geben nicht früher Ruhe, bis wir nicht 100 Prozent der Arbeiter in unsere Reihen bekommen. Wir treten vor die Wählerchaft, weil wir die Ueberzeugung haben, daß unsere Grundzüge vorübergehend unterdrückt, aber nicht ausgelöscht werden können. Wir sind vergänglich, aber die Ideen, die wir vertreten, sind ewig und werden dauern bis an das Ende der Zeiten. (Stürmischer Beifall.) Lassen Sie sich durch nichts einschüchtern, stimmen Sie ruhig nach Ihrer Ueberzeugung und geben Sie den Stimmzettel ab, auf dem steht: Christlichsoziale Partei! (Großer Beifall.)